

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M., n. Kreuzb. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Fypr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
45. Jahrgang **Hamburg, 14. November 1931** Nummer 46

## Mit allen Mitteln: Kampf gegen die Arbeitslosigkeit

Als sich unser Verband vor Jahren für die Arbeitsbeschaffung einsetzte, handelte es sich vornehmlich darum, die Auftraggeber zu veranlassen, Arbeiten in den Wintermonaten herstellen zu lassen, weil während dieser Zeit immer ein großer Teil der Kollegen arbeitslos war. Die Hausbesitzer, Behörden, Baugenossenschaften, Inhaber industrieller Betriebe und alle sonstigen Stellen, die öfter Malerarbeiten zu vergeben haben, wurden darauf hingewiesen, daß sich Maler-, Lackierer- und Anstreicherarbeiten während des ganzen Jahres, ja im Winter oft noch vorteilhafter als im Sommer ausführen lassen. Tatsächlich sind denn auch nach unserer Aufklärungsarbeit manche Arbeiten, so in den Schulen, Gerichts- und sonstigen öffentlichen Gebäuden, in den Wintermonaten zur Ausführung gekommen, was aus den Jahrbüchern unseres Verbandes, in denen immer ausführlich über die Bemühungen unserer Organisation auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung berichtet wurde, zu entnehmen ist.

In den letzten Jahren handelt es sich bei unserer Arbeitsbeschaffungaktion nicht mehr vornehmlich um die Arbeitsbeschaffung im Winter; denn ein immer größerer Teil unserer Kollegen wird auch in den Sommermonaten von der Arbeitslosigkeit betroffen. Und das, trotzdem es an anstrichbedürftigen Objekten wahrlich nicht fehlt. Man braucht nur einmal durch die Straßen einer Großstadt, besonders den Wohngegenden der Arbeiter zu gehen, um sich von dem trostlosen Zustand, in denen sich viele Fassaden befinden, zu überzeugen. Und wie draußen, sieht es im Innern der Gebäude aus, allenthalben fehlt der erst die Räume wohnlich machende Anstrich. Die Ursache dafür ist in erster Linie die katastrophale Geldknappheit, im weiteren Sinne die Krise, doch wird auf diesem Gebiet auch noch oft aus Verständnislosigkeit den Fragen der Hygiene und der Ästhetik gegenüber gesündigt.

Der Verbandsvorstand hat sich deshalb wie schon früher des öfteren, so auch jetzt wieder veranlaßt gesehen, sich mit einer die Verhältnisse klar umreisenden Eingabe an alle in Betracht kommenden Stellen, das Reichsministerium und die Landesministerien, die Reichsbahngesellschaft, das Reichspostministerium usw. zu wenden, um trotz der Ungunst der Verhältnisse zu versuchen, für einen Teil der Kollegen Arbeit zu beschaffen. Sicher wird der Erfolg kein überwältigender sein, weil die ungeheure Wirtschaftskrise sich finanziell verhängnisvoll auf allen Gebieten und bei allen Körperschaften, Verwaltungen und dergleichen auswirkt und alle Stellen, gleich ob privater oder öffentlicher Natur, die Anweisung haben, möglichst große Einsparungen vorzunehmen. Aber wenn es auch nur gelingen sollte, einige Hundert unserer Kollegen auf längere oder kürzere Zeit Arbeit zu beschaffen, lohnt sich die aufgewandte Mühe; denn sie hilft mit, größte Not zu lindern.

Das unsere Organisation weiter versucht, durch Unterstützung des Reichsausschusses für Sachwerterhaltung Arbeitsaufträge locker zu machen, ist den Kollegen bekannt. Aber auch die Arbeit dieser Organisation ist gehemmt durch die Sparsamkeit, zu der alle diesem Ausschuss angehörenden Organisationen verpflichtet sind.

Unsere jetzige Eingabe hat folgenden Wortlaut:

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher,  
Tüncher und Weißbinder Deutschlands

Datum des Poststempels

Betreff: Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im  
Malgewerbe.

Die Arbeitslosigkeit, das schwierigste Problem der Gegenwart, droht für Deutschland zur Katastrophe zu werden. Besonders hart sind die baugewerblichen Berufe, am schlimmsten ist das Maler- und Lackierergewerbe betroffen. Nicht nur das Daniederliegen der Bautätigkeit, sondern mehr noch der Ausfall der sehr umfangreichen Erneuerungsarbeiten an und in Bauwerken aller Art, in Geschäftshäusern und Altwohnungen, hat große Teile der Angehörigen des Malergewerbes schon seit Jahren fast völlig aus dem Erwerbsleben ausgeschaltet. Zehntausende der sonst beruflich tätigen Arbeitskräfte sind langfristiger Arbeitslosigkeit preisgegeben. Welchen Umfang die Arbeitslosigkeit im Maler- und Lackierergewerbe angenommen hat, wird durch die amtlichen Zahlungen der Arbeitsämter und die monatlichen Arbeitslosenzahlungen des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands nachgewiesen.

Die Arbeitslosigkeit stieg von 14,7% im Durchschnitt des Jahres 1928 auf 47,7% im Jahre 1930. Im Jahre 1931 waren nie unter 55% der Mitglieder

arbeitslos. Ende des Monats September zählten wir 72,4% arbeitslose Mitglieder.

Obige Zahlen beweisen nur den Umfang der Arbeitslosigkeit nach der Zahl der Betroffenen. Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu erkennen, daß sich hinter diesen Zahlen Not und Elend in einem Ausmaße verbergen, wie sie noch nie zu verzeichnen waren. — Ein noch viel betrüblicheres Bild ergeben die Feststellungen über die Einzelschicksale unserer Berufskollegen. Arbeitslosigkeit von mehr als zweijähriger Dauer ist keine Seltenheit. Im Durchschnitt hat keiner der Befragten im Jahre 1930 länger als ein halbes Jahr in Arbeit gestanden. 26% hatten ein Jahreseinkommen von noch nicht einmal 800 M.

Die ungünstige Finanzgestaltung im Reich, in Ländern und Gemeinden hat die öffentliche Bautätigkeit völlig brachgelegt. Darüber hinaus sind aber auch in und an Bauwerken dringende Renovierungsarbeiten eingestellt worden, deren weiteres Hinausschieben den Verfall wichtiger Gebäudeteile zur Folge haben wird und große volkswirtschaftliche Verluste nach sich ziehen muß. Der Verfall durch Vermorschen und Rosten aber wird so um sich greifen, daß zahlreiche Gebäudeteile und Gegenstände auch durch gründlichste Ueberholung und Neuanstrich nicht mehr zu erhalten sind und vollständig ersetzt werden müssen. Neuere Gebäudeteile, Brücken usw., machen keine Ausnahme, gefährden aber bei weiterer Vernachlässigung den Verkehr, was zu Verlusten an Menschenleben führen kann.

Die Wohnungsnot besteht unvermindert weiter. Wenn größere oder große Wohnungen in beschränkter Zahl leerstehen, so nur, weil die Einkommen gesunken sind und kleinere Wohnungen bezogen werden mußten. Hier könnte durch Aufteilung in Kleinwohnungen manches geschehen, das auch dem Malergewerbe Aufträge sichern würde. Die fortschreitende Verwahrlosung von Alt-Miet-Wohnungen und Büroräumen wird Ursache gesundheitlicher und sittlicher Gefährdungen werden. Infolge Wohnungsmangels ist man längst davon abgekommen, Erneuerungsarbeiten durchführen zu lassen, wie sie früher in ein- oder zweijährigen Zwischenräumen, besonders aber zu den vierteljährlichen Umzugsterminen, selbst in den allereinfachsten Wohnungen, regelmäßig vorgenommen worden sind und die zahlreichen Malern, Anstreichern, Tapezierern usw. Arbeitsgelegenheiten boten. Der Ausfall dieser Arbeiten hat zur Folge, daß im Maler- und Lackierergewerbe schon seit Jahren die Arbeitslosenziffern während der Sommermonate größer sind als früher im Winter. Durch Bereitstellung öffentlicher Mittel und Gewährung von Zuschüssen für Instandsetzung verwaorloser Wohnungen könnten der durch ungenügende Nahrung und Kleidung ohnehin stark gefährdeten Volksgesundheit wertvolle Dienste geleistet werden.

Die Darlegungen treffen in hervorragendem Maße auch zu auf alle dem Aufenthalt von Menschen dienenden Räume in öffentlichen Gebäuden, Schulen, Kranken-, Fürsorge- und Verkehrsanstalten, öffentlichen, kommunale und private Büros, industrielle Betriebsstätten, wie auch auf das rollende Material von Reichsbahn und Reichspost. Ausgedehnte und dringende Renovierungsarbeiten wären nicht nur von eminent volkswirtschaftlicher, gesundheitlicher und kultureller Bedeutung, sie würden auch langfristig erwerbslosen Angehörigen eines besonders bedrängten Berufsstandes die notwendige Arbeitsgelegenheit schaffen, zugleich die Arbeitslosenversicherung, wie auch die staatlichen und kommunalen Fürsorgeeinrichtungen wesentlich entlasten und dadurch Mittel für weitere Arbeiten freimachen.

Der unterzeichnete Verbandsvorstand ist sich der Schwierigkeiten bewußt, die sich in der gegenwärtigen Zeit erzwungener Sparmaßnahmen der Durchführung seiner Anregungen entgegenstellen. Er ist aber der Ueberzeugung, daß ein weiteres Hinausschieben eine unerträgliche Schädigung des Volksvermögens bedeutet, die später selbst mit dem vielfachen Kostenaufwand nicht wieder gutgemacht werden kann. Wir wären außerordentlich dankbar, wenn Sie durch allgemeine Aufforderung an alle in Frage kommenden Dienststellen oder durch spezielle Vorschläge im Sinne der vorliegenden Eingabe wirken würden.

In einer etwa gewünschten persönlichen Aussprache jederzeit bereit, zeichnet mit vorzüglicher Hochachtung

gez.: Hans Bah.



### Wege aus der Krise

Die Regierung hat einen Wirtschaftsbeirat berufen, dem auch Vertreter der organisierten Arbeiter und Angestellten angehören. Dieser Beirat soll — wie der Reichspräsident in seinem Brief an den Reichskanzler bemerkte — der Reichsregierung behilflich sein, ein wirtschaftlich wirksames und sozial gerechtes Wirtschaftsprogramm aufzustellen. Angesichts der Verschärfung der Wirtschaftskrise barren eine Reihe dringlicher Probleme ihrer beschleunigten und vernünftigen Lösung. Der Wirtschaftsbeirat der Reichsregierung kann hier seine Existenzberechtigung beweisen. Die Massen- und Dauerarbeitslosigkeit muß im Vordergrund jeder wirtschaftspolitischen Untersuchung stehen. Ihr ist von zwei verschiedenen Seiten beizukommen, nämlich durch die Schaffung neuer Arbeitsgelegenheiten und durch eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit.

Schon im Brauns-Gutachten sind beachtenswerte Vorschläge zur Arbeitsbeschaffung gemacht worden. Die Verwirklichung dieser Vorschläge scheiterte aber daran, daß die dazu erforderlichen zusätzlichen Mittel nicht verfügbar waren. Der Versuch, neue Arbeitsmöglichkeiten aus neuen Steuern zu finanzieren, kann als endgültig gescheitert betrachtet werden. Die finanziellen Verhältnisse haben sich seitdem keineswegs gebessert. Die Arbeitslosigkeit ist weiter gestiegen und mit ihr die Not der Arbeitslosen. Es heißt nun, daß die Regierung dem neuen Wirtschaftsbeirat einen Plan zur Begutachtung vorlegen wird, der auf folgenden Grundgedanken aufgebaut ist: Zur Aufhebung der Wirtschaft und Wälderung der Arbeitslosigkeit sollen besondere Reichsschatzanweisungen ausgegeben werden, die von der Reichsbank diskontiert werden. Auf diesem Wege sollen dann der Reichsbahn, der Reichspost und einer großen Zahl leistungsfähiger Gemeinden und Gemeindevorständen größere Kredite zur Verfügung gestellt werden. Diese Körperschaften sollen diese Kredite zu großen Aufträgen an die Privatwirtschaft benutzen. Wenn alle Aufträge bald vergeben werden könnten, wenn sich weiter die Möglichkeiten schaffen ließen, die stillgelegten Bauten wieder aufzunehmen, dann würde eine föhrlbare Entlastung des Arbeitsmarktes damit verbunden sein.

Die allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit wird von den Gewerkschaften seit länger als einem Jahr gefordert. Dies geschah nicht allein im Hinblick auf die Massenarbeitslosigkeit, sondern aus der Ueberzeugung heraus, daß die heutigen Wirtschafts- und Arbeitsmethoden eine kürzere als die achtstündige Arbeitszeit gestatten. Bisher ist es nur in Ausnahmefällen gelungen, den Widerstand der Unternehmer gegen eine vernünftige Verkürzung der Arbeitszeit zu überwinden, obgleich eine solche Maßnahme, überall durchgeführt, für Hunderttausende von Arbeitnehmern Arbeit und Einkommen bedeuten würde. Diesen Widerstand der Unternehmer gilt es zu überwinden. Die Regierung verfügt über die nötigen Machtmittel dazu. Wenn es gelänge, durch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung nur einige hunderttausend Arbeitnehmer wieder zu beschäftigen, und wenn sich durch eine stärkere Auftragserteilung bei öffentlichen Hand zusätzliche Arbeit für weitere Hunderttausende schaffen ließe, dann würde die mit einer solchen Entwicklung verbundene Stärkung der Marktkaufkraft abermals eine föhrlbare Entlastung des Arbeitsmarktes nach sich ziehen. Das wäre ein außerordentlicher Erfolg!

Die wirksame Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist die dringlichste wirtschaftspolitische Aufgabe der nächsten Wochen. Nicht weniger wichtig ist es, die Voraussetzungen für die Ueberwindung der Kreditkrisis zu schaffen. Wenn es nicht gelingt, im Laufe der nächsten Monate mit den Auslandsgläubigern zu entsprechenden Vereinbarungen zu kommen oder die kurzfristigen Auslandsschulden zu konsolidieren, dann wird Deutschland im Februar des kommenden Jahres vor der gleichen Situation stehen wie vor einigen Monaten. Es gilt deshalb, entweder mit den Auslandsgläubigern ein Arrangement zu treffen, etwa in der Form, daß jährlich nur ein Teil der fälligen Kredite, vielleicht in Höhe von einer Milliarde, zurückgezahlt zu werden braucht, oder alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um eine größere Konsolidierungsanleihe zu erhalten. Als Geldgeber für eine solche Anleihe kommen gegenwärtig Frankreich neben den Vereinigten Staaten von

Nordamerika in Frage. Ob langfristige Anleihen sich aber schon bald in diesen Ländern plazieren lassen werden, ist reichlich ungewiß, beinahe sogar unwahrscheinlich. Es wird deshalb kaum ein anderer Weg bleiben als der, nach vorüberiger Verständigung mit den Gläubigern in möglichst kleinen Raten die kurzfristigen Schulden abzudecken. Auf welchem Wege auch immer — eine befriedigende Lösung des Problems der kommerziellen Auslandsverschuldung muß gefunden werden. Andernfalls torleitet die deutsche Wirtschaft von einer Katastrophe in die andere. Die deutschen Unternehmer haben nicht nur einen Teil der vom Ausland kurzfristig geliehenen Summen zur Schaffung von Daueranlagen verwendet, sondern haben auch in den zurückliegenden Jahren ihre Betriebsüberschüsse investiert und auch Auslandsanleihen für diesen Zweck benutzt. Auf diese Weise haben sich die Unternehmungen in eine Kapazität hinein rationalisiert, die selbst während einer Hochkonjunktur nicht voll ausgenutzt werden konnte. Ein großer Teil dieser Neuanlagen ist heute unbefähigt. Alle diese stillstehenden und nicht vollbeschäftigten Betriebsanlagen stehen aber mit ihrem vollen Anlagewert zu Buch, belasten die Selbstkostenrechnungen der Unternehmungen und haben bisher verhindert, daß sich die Preise entsprechend der kleineren Nachfrage ermäßigen. In der letzten Notverordnung ist ein erster Schritt getan worden, um diese unhaltbaren Zustände zu beseitigen, indem eine erleichterte Form für die Kapitalherabsetzung bei den privaten Unternehmungen geschaffen worden ist. Aber diese Maßnahme genügt bei weitem nicht: das Kapitalproblem muß gründlicher gelöst werden. Die Unternehmungen müssen gezwungen werden, das falsch investierte Kapital abzusprechen. Die Unternehmer betonen bei jeder Gelegenheit das Risiko, das mit der privatkapitalistischen Betätigung verbunden sei. Die Kapitalfehlleitungen während der zurückliegenden Jahre und die übertriebene Selbstfinanzierung sind Fehlspekulationen in allergrößtem Ausmaß. Deshalb müssen die Privatunternehmer aus dieser Tatsache die notwendigen Konsequenzen ziehen.

Bisher haben die Unternehmer versucht, um eine Korrektur ihrer Anlagewerte herumzukommen; durch Druck auf die Einkommen und durch Hochhaltung der Preise ist die verlustreiche privatwirtschaftliche Betätigung der Vergangenheit verschleiert und sind die Kosten der Fehlspekulationen der Allgemeinheit aufgebürdet worden. Auf diesem Wege hatten die Unternehmer die Unterstützung der Regierung. Es zeigt sich aber mit jedem Tage deutlicher, daß die rückständige Kürzung der Arbeitnehmerentlohnung, der keine entsprechende Preisentlastung gegenüberstand, die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht gebessert hat, und daß dieser Weg, weiter fortgesetzt, zur Wirtschaftskatastrophe führen muß. Die Fortsetzung der Kaufkraft hat sich als ein vollkommen ungeeignetes Mittel zur Behebung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten erwiesen. Der Erfolg muß deshalb auf einem andern Wege gesucht werden: Die Unternehmungen müssen den Bilanzwert der Produktionsanlagen durch eine einmalige Abschreibung zu Lasten des Kapitalfonds auf ihren Gegenwartswert zurückführen. Erst wenn dies geschehen ist, sind Selbstkostenrechnungen möglich, die den tatsächlichen Verhältnissen entsprechen, weil sie nicht mehr mit den Kosten des verlorenen Kapitals belastet sind. Wir haben einige der wichtigsten Probleme herausgearbeitet, durch die die Wirtschaftslage Deutschlands charakterisiert wird. Hoffentlich gelingt es der Reichsregierung mit Unterstützung des Wirtschaftsbeirats gangbare Wege zu finden. Dann wird es auch gelingen, den kommenden Winter ohne größeren Schaden zu überleben.

### Jugend und Unternehmertum

Die Jugend von heute befindet sich in starker Gärung. Die jungen Leute von 16 bis 30 Jahren stehen in dieser Zeit dem Staat, dem Wirtschafts- und Gesellschaftsleben wesentlich anders gegenüber als dies bei älteren Generationen in ihrer Jugend Maienblüte der Fall war. Sie stehen teilweise vor einem Nichts; arbeits- und mittellos sehen sie keinen Ausweg aus dem trüben Wirral der gegenwärtigen Zeit. Die Luft ist erstickend, die die blühende und sich ständig erweiternde Vorkriegswirtschaft der bürgerlichen Jugend bot, sind nicht mehr vorhanden. Aus all diesen Gründen wendet sich die Jugend jenen Bänden und Parteien zu, die ihnen einen Ausweg zu zeigen vorgeben. Psychologisch wird die Ju-

gend durch die veränderten wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflusst. Es macht sie bei ihr der Gedanke breit, daß es einer gewaltsamen herbeigeführten Umwälzung bedürfe, um ihr den Lebensraum zu schaffen, auf den sie mit Recht Anspruch zu haben glaubt.

Die Unternehmer haben begriffen, daß die Jugend gegenüber dem Unternehmertum sehr kritisch eingestellt ist. Es ist deshalb der Gedanke aufgetaucht, die Jugend dem Unternehmertum wieder näher zu bringen. Unter dem Motto „Unternehmertum und Jugend“ ist kürzlich eine Schrift herausgegeben, die von dem sogenannten „Wirtschaftspolitischen Schulungskreis“ verlegt und von dem Syndikus des Reichsverbandes der deutschen Industrie, Dr. Herle, herausgegeben wurde. Diese Schrift enthält einen Bericht über eine Tagung im November 1930 und ferner Auslassungen von Vertretern der Unternehmerverbände zu dem erwähnten Thema. Die Tagung sollte den Zweck haben, der verantwortungsbewußten Jugend den Weg zur Wirtschaftskennntnis als der Voraussetzung politischer Stellungnahme zu erleichtern. Angeblickt sollen unter den 140 anwesenden Jugendlichen alle politischen Richtungen mit Ausnahme der Kommunisten vertreten gewesen sein. Nicht vertreten war die arbeitende Jugend, auf deren Anwesenheit man anscheinend kein Gewicht gelegt hat.

Nach dem Bericht soll die Jugend von folgenden drei Fragestellungen ausgegangen sein: a) Führt die jetzige Krise zur fortschreitenden Verelendung der Masse des Volkes und damit zum Untergang des herrschenden individualistischen Wirtschaftssystems? b) Führen die allmählichen „Strukturwandlungen“, die dieses System erfährt, besonders die Ausdehnung des „gebundenen Wirtschaftsfaktors“ zur Ueberwindung dieses Wirtschaftssystems durch ein anderes? c) Welche Mittel und Wege lassen sich angeben, um der gegenwärtigen Krise Herr zu werden? Aus dem sorgfältig abgefaßten Bericht ist nicht ersichtlich, in welcher Form diese Fragen von den Jugendlichen vorgetragen und wie sie von den Unternehmern beantwortet wurden. Auf die Frage der Jugend, ob die unternehmerische Wirtschaft überhaupt noch instand zu sein, dem deutschen Volke einen befriedigenden Lebensstandard zu erhalten, oder ob es unter diesem System zu weiter fortschreitender Proletarisierung kommen müsse, scheinen die Unternehmer, soweit aus dem Bericht ersichtlich, nur eine unzureichende und sich in den allgemeinen Gedankengängen bewegende Antwort erteilt zu haben. Sie versuchten die Wirtschaftslage durch Krieg, Niederlagen, Inflation, sowie die staatlichen Zwangsmaßnahmen für die geringe Auswirkung verantwortlich zu machen. „Sur Zeit sei“, so wurde auch bei dieser Gelegenheit betont, „besonders auf den Gebieten des Schlichtungswesens und der Bau- und Wohnungswirtschaft eine Einschränkung der Staatsbefugnisse erforderlich.“ Im allgemeinen waren es alle Kamellen, die man der Jugend aufgemischt hat.

Die bürgerlichen Jugendlichen forderten: „Austausch über die Stellung der Arbeitnehmer im Staat.“ Sie hätten weitgehend das Bewußtsein, daß die Arbeit zu leisten und die Befähigung, jederzeit durch andere Menschen ersetzt zu werden. Es gäbe kaum eine Möglichkeit, Führungtalente zu entwickeln. Die Unternehmer wiesen zur Entschuldigung auf den verlangten Lebensraum als die Folge des Krieges hin. Wie man sieht, bewegte man sich im alten und bekannten Kreis. Für den kritischen Leser sind die folgenden Aufsätze von Unternehmervertretern aufschlußreicher. Herr Dr. Lammer trifft ungefähr das Richtige, wenn er nachstehendes Satz niederschreibt: „Grundlegend möchte ich der Meinung Ausdruck geben, daß weniger die wirtschaftliche Funktion des Unternehmertums als dessen geistige Einstellung zu Volk und Staat den Angelpunkt für die Betrachtung seitens der jungen Generation abgibt.“ Und Herr Dr. Lange von der Maschinenindustrie ist folgender Meinung: „Nähezu die gesamte Jugend ist sich einig in der schärfsten Kritik an dem individualistischen Kapitalismus und in der Forderung nach einem mehr oder weniger kollektivistischen Wirtschaftssystem.“ Den Schlüssel zu der Anzufriedenheit mit dem Kapitalismus bezw. dessen Leitern liefert ebenfalls Herr Lange, wenn er bemerkt: „Der Kapitalismus hat in erster Linie die historische Aufgabe, durch eine ungleich reichere Versorgung mit Gütern als je zuvor einer ständig wachsenden Zahl von Menschen materielle Lebensgrundlagen zu schaffen. Bei der Größe

### Philosophen

Bei uns Malern gibt es eine fast ungeheuerliche Anzahl von Berufsarten. Es ist absolut nicht so, daß wir Maler, Radierer, Ansreicher, Süncher und Weißbinder haben, sondern dazu gehören weiter noch eine Unmenge über- und untergeordneter Gruppierungen. Nur einige wenige seien hier aus der verborgenen Welt der Kunst zum allgemeinen Freuden im amtlichen Blumenbase als herrlicher Blumenstrauß auf den Tisch der Feinheit gestellt. Wir haben dadurch Gelegenheits-, Dekorations- und Abstraktionsmaler, Fen- und Porzellanmaler, Wandmalerei- und Miniaturmaler, Bau-, Sand- und Samtmaler, Kellner-, Maler-, Schrift-, Kunst- und Kaffee- und noch so verschiedene andere Arten von Malern kennenzulernen. Bei den Radierern und Ansreichern finden wir das selbe Bild. Damit steht also unzweifelhaft fest, daß unser Beruf ein derartig vielfältiger ist, daß wir uns vor Arbeitlosigkeit nicht mehr retten können.

Aber auch die andern Berufe machen dabei keine Ausnahme. Das Zahlensystem und die Arbeitsteilung sind bis auf den Nullpunkt durchgeföhrt. Sogar die freien Berufe haben sich dezentralisiert. Kunst, Wissenschaften und Tagelöhner wissen wie die Milchstraße mit ihren unzähligen Sternen und Sternchen am Himmel unserer kühnen Welt. In der Philosophie bilden sich immer neue Schulen, die unsere sonnige Welt beherrschen helfen, so daß mit Recht der Ausdruck am Platze ist, daß wir im Schatten leben. Neben den ordentlichen Philosophen gibt es auch unordentliche und unerdentliche Philosophen. Die ordentlichen und unordentlichen nennt man Pro-

fessoren und die unordentlichen, die Landstraßenphilosophen, bezeichnet man als Penn- oder Festsbrüder. Dazu kommen die Stammisch-, die Verwaltungs- und Arbeitsamtsphilosophen. Und nun hat sich eine neue Gruppe gebildet, und ich bitte um pflichtschuldigste Beachtung, das sind die Malermeister-Philosophen.

Dadurch wird bewiesen, daß das Handwerk Ewigkeitswerte in sich birgt und nie aussterben wird. Wohl werden hier und da Veränderungen vor sich gehen, eine Kategorie wird sich in Rauch und Flammen auflösen, aber dann mit neuer ungeflämter Kraft im ewigen Kreislauf der Natur als Zafalspunkt die Gehirne der Ueberlebenden angenehm umnebeln. So blühte uns aus der Krisennacht eine neue herrliche Blume, die Kunde gibt, daß eine Wiedergeburt vonstatten geht. Warum also den Kopf hängen lassen, nur mutig mit blankgeputzten Auglein und gut geschmierter Brille der Zukunft in den Kinderwagen geschaut.

Unsere guten, lieben und hochgeachteten Malermeister haben sich also dem Denksport verschrieben. Infolge der riesigen Arbeitsstille glaubte man, sie hätten sich zum Winterschlaf eingepuppt. Die Puppe machte aber ihren Umwandlungsprozess schneller als sonst durch — und siehe da — beinahe wäre ein Schmetterling daraus geworden. Die Sache war aber leider nicht genügend vorbereitet, und so kam — leider — nur eine Raupe zum Vorschein; im Malerfittel mit Wandmaß und Stoppuhr und mit einer stark verbrauchten Intelligenzbrille versehen. Ihre aufgeschmeißte Kraft schleudert Geistesblitze in die raumgeschmückten Lüste: „Beschlüsse, die wir fassen, das sieht jeder Laie, sind von Malern gefaßt.“ Nach Herr Malermeister Schmitz, mein früherer Arbeitgeber, hat sich diesen

Nebenberufe mit Eifer hingeggeben. Er macht sich düstere Gedanken und Aufzeichnungen über Arbeit und Arbeiter, Submissionen und ihre Blüten, über Löhne und Schleuderpreise, Rationalisierung und Arbeitsstempo, Steuern und andere Soziallasten, Arbeitslosigkeit und Arbeitslose, und kommt zu dem Ergebnis, daß Solidarität zwar ein schönes Wort, aber kein praktisch anzuwendender Begriff ist.

Die Umformung und Renovierung des Betriebes, die Hebung des Berufes und die hochtechnischen Grundlagen hat er sich für spätere Jahre aufgehoben. Das gehört zur ordnungsmäßigen Arbeitsteilung. Jetzt sind leider andere Fragen modern und aktuell, und er läßt seinen Gedanken in folgender Weise freien Lauf: Die Befehung der Arbeitslosigkeit wird dadurch erzeugt, daß man die Arbeitslosen mit Arbeit beschäftigt. Das nennt man Solidarität. Da man aber keine Arbeit beschafft, so bleibt es leider ein schönes Wort, usw.

Nachdem man die Arbeitslosen mit Arbeit beschäftigt hat, muß der Lohn um 25 bis 30 % herabgesetzt werden. Nicht bloß 3 oder 10 %. Die Höhe der Löhne sind zwar nicht an unserm Elend schuld, aber es bedeutet einen guten Dienst am Kunden, wirkt als fabelhafte Kellner- und dadurch arbeitsfördernd. Das Geschrei vom Lohnraub fällt insolgedessen in sich zusammen. Solche Scherzreden sind überhaupt künftig zu vermeiden. Sie föhren den Wirtschaftsfrieden und schaffen Explosivatmosphären, die jeder Vernunft und Ueberlegung abhold sind. Wir sind die wahren Freunde der Arbeiter, und das dient der Allgemeinheit. Denn was nützen den Arbeitern hohe Löhne, wenn Millionen dieselben nicht erhalten. Darum müssen die Arbeitslosen mit Arbeit beschäftigt werden, dann kann



und Schwere dieser Aufgabe ist es nur begreiflich, daß die „menschliche“ Bestgestaltung noch nicht überall gleichen Schritt halten konnte, daß also die Bedürfnisse des „Menschen“ und seiner „Gemeinschaft“ im wirtschaftlichen Leben noch nicht in dem Maße befriedigt werden konnten, das man als Ideal durchaus wünschen möchte.

Diese hier genannten Aufgaben hat der Kapitalismus nicht zu befriedigen vermocht. Und deshalb ist nicht nur die Jugend, sondern auch die Mehrheit der älteren Generation mit ihm unzufrieden. Diese Unzufriedenheit muß sich in erster Linie gegen die Leiter dieses Systems richten. Sowohl die genannte Tagung als die angelegene Schrift vermögen nicht davon zu überzeugen, daß die Jugend dem Unternehmertum näher gebracht wurde. Nach wie vor ist es in weiten Kreisen der Jugendlichen der lebendige Gedanke, daß das jetzige Unternehmertum nicht nur überaltert, sondern auch, sowohl in seinen Anschauungen wie in seinen Methoden, überlebt ist. Deshalb macht sich der stürmische Drang nach Mitbestimmung und Mitbestimmung bei der bürgerlichen Jugend bemerkbar. Die arbeitende Jugend hat noch weniger Vertrauen sowohl in das System als in seine Leiter. Es muß unsere Aufgabe sein, die Jugend dazu anzuhelfen, die Grundlagen des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens durch eigenes Studium und scharfes Beobachten kennenzulernen. Dann wird die so beeinflusste Jugend zur Überzeugung gelangen, daß die kapitalistischen Unternehmer keine unbedingte gesellschaftliche Notwendigkeit sind, sondern die Menschheit, auf kollektivistischer Basis organisiert, auch ohne diese Diktatoren der Wirtschaft glücklich sein kann.

### Gewerkschaften und Siedlungsfrage

Mit dem Siedlungsproblem haben sich in der letzten Zeit die verschiedensten Stellen beschäftigt. Auch in Arbeiterkreisen wird darüber vielfach debattiert, wobei ein Teil sich als energiegelade Befürworter erklärt, während andere der Sache skeptisch oder völlig ablehnend gegenüberstehen.

Nun haben auch die Vorstände des A. O. B. und des A. F. B. Bundes dazu Stellung genommen. Sie haben ihre Meinung in einer Entschließung niedergelegt, die folgenden Wortlaut hat:

„Die Bestimmungen der Notverordnung vom 6. Oktober 1931 über Siedlungsweisen sowie die zahlreichen Vorschläge zur Ansiedlung von 100 000 Erwerbslosen lassen es geraten erscheinen, vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen, um späterer Enttäuschung vorzubeugen. Die finanzielle Notlage sämtlicher öffentlichen Verwaltungen und Körperschaften und die trostlose Lage von Millionen Erwerbslosen werden dazu zwingen, in erster Linie mit geringen Mitteln rasch wirkende Erleichterungen zu schaffen.“

Die bisher im Vordergrund staatlicher Tätigkeit stehende landwirtschaftliche Siedlung ist nach Kräften weiter zu fördern. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung der Siedler. Die ländliche Siedlung hat vor allem den Zweck, die Erwerbslosen auf dem Lande durch Ueberlassung genügend großer Siedlungsstellen zu tragbaren Bedingungen bodenständig zu machen, um der Landflucht und der damit verbundenen Ueberlastung des städtischen Arbeitsmarktes entgegenzuwirken.

Die bisherigen Pläne zur Durchführung von Stadtrand-siedlungen sehen ebenfalls beträchtliche Geldmittel voraus. Eine selbständige Existenz bieten sie jedoch dem Siedler nicht, weil bei der vorgesehenen Größe der Siedlerstellen durch Bodenbearbeitung und Kleintierzucht nur ein geringer Beitrag zum Lebensunterhalt erarbeitet werden kann. Die Stadtrand-siedlung setzt also Weiterbeschäftigung des Siedlers in seinem Beruf oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist daher den Arbeitslosen Kleingartenland in weitestem Umfang zur Verfügung zu stellen. Der Kleingarten erfordert verhältnismäßig geringe Anlagekosten, seine Bewirtschaftung keine Spezialkenntnisse, er bietet dem Erwerbslosen ein Betätigungsfeld und nach kurzer Zeit einen Nahrungsmittelzuschuß.

Voraussetzungen für eine erfolgversprechende Verteilung von Kleingärten sind vor allem: Weiterzahlung der Arbeitslosenunterstützung, weitgehende Fahrpreisermäßigungen für das ganze Jahr, geringer Pachtpreis und langjähriger Pachtvertrag, Betreuung, Belehrung und Belleferung durch den gemeinsamen Reichsverband der Kleingartenvereine Deutsch-

## Die Entwicklung der Goldbestände



Lage der englischen Währung ist aber noch immer viel günstiger als die der meisten anderen Staaten, da England 80 Milliarden RM Kapital auf dem Weltmarkt investiert hat. Die vorübergehenden Schwierigkeiten entstehen nun dadurch, daß infolge der Wirtschaftskrise in aller Welt diese Forderungen nicht zurückgeholt werden können, während andererseits die beunruhigten ausländischen Gläubiger der Bank von England ihr Geld zurückfordern.

### In den Währungsschwierigkeiten des englischen Pfundes

Neben der Weltwirtschaftskrise sind es innerenglische Verhältnisse, die den Bestand des englischen Pfundes gefährden. England verfügt zwar über fast 1/4 der Goldproduktion der Welt, hat aber durch den Weltkrieg seine Stellung als einer der wichtigsten Weltbankiers eingebüßt. Verursacht wurde die jetzige Schwierigkeit des Pfundes dadurch, daß England den Weltkrieg auch nicht von eigenen Mitteln bezahlen konnte und sowohl bei den Vereinigten Staaten als auch bei seinen Dominien größere Schulden machen mußte. Um diese Anleihen zurückzahlen floß dauernd Gold aus England heraus, so daß im Gegenzug zu Frankreich und den Vereinigten Staaten, England in der Nachkriegszeit seinen notwendigen Goldbestand nur knapp erhalten konnte. Die

lands und seine Genossenschaften, Gewährung von Einrichtungsbeihilfen.

Außerdem fordern wir eine stärkere Förderung der Kleinhauseinsiedlung durch Verabschiedung des Wohnheimstättengesetzes, häufigere Anwendung des Erbsbaurechtes, Beseitigung der erschwerten Bestimmungen über Wohnungsbau, um den Baumarkt zu beleben und diese Siedlungen lebensfähig zu erhalten.

Die materielle und seelische Not der Erwerbslosen erfordert unverzügliches Handeln. Geeigneter Boden ist rings um die Städte und selbst inmitten der Wohnblöcke reichlich vorhanden. Von den Verwaltungen des Reiches und der Länder, von den Magistraten und Stadtverordnetenkollegien erwarten wir, daß unter Zurückstellung bürokratischer Bedenken schnell und umsichtig gehandelt wird.

Ein Siedlungsabkommen zwischen dem Reich und Preußen strebt eine erhebliche Vermehrung der Siedlerstellen in den nächsten Jahren an. Durch eine wesentliche Vereinfachung der Siedlungsform soll eine Herabminderung der Siedlungskosten erreicht werden. Eine Siedlungsstelle soll dann nur noch einen Kostenaufwand von 8000 bis 9000 M erfordern. Es wird daran gedacht, auch Erwerbslose in ländlichen Siedlungen unterzubringen.

Nach dem jetzt vorliegenden Jahresergebnis für 1930 sind 8700 Siedler angelegt worden. Das Programm für 1931 sieht die Ansiedlung von 11 000 Siedlern vor.

Die allgemeinen Richtlinien für die Erwerbslosen-Siedlung sollen am 10. November veröffentlicht werden. Wie es heißt, soll ein Sechsmonatsplan durchgeführt werden, wobei man mit der Schaffung von 20 000 Siedlerstellen und 30 000 Kleingärten rechnet. Für die Durchführung des Programms werden vom Reichsfinanzministerium monatlich 8 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

### Die Spalter an der Arbeit

Die kommunistische Presse veröffentlicht einen Artikel, der in der demnächst erscheinenden kommunistischen Zeitschrift „Betrieb und Gewerkschaft“ veröffentlicht werden soll. Die Ueberschrift lautet: „Praktische Fragen der Einheitsfront“. Was in der Einleitung dieses Artikels gesagt ist, konnte man schon so oft in der kommunistischen Presse lesen, daß es sich nicht lohnt, darauf näher einzugehen; es ist das übliche Geschreibsel vom Verrat der Gewerkschaftsführer usw. Aus dem Artikel geht aber weiter hervor, daß die Anstrengungen zur Unterminierung der freien Gewerkschaften mit erhöhter Aktivität fortgesetzt werden sollen, weil man die jetzige Zeit dafür besonders geeignet hält. Unsere Verwaltungen können sich also schon darauf gefaßt machen, daß in den nächsten Wochen ein neuer Ansturm beginnt. Nur gut, daß man den sich überrevolutionär Gebärden den

gleich darauf aufmerksam machen kann, daß es sich ja dabei gar nicht um ihre eigene Auffassung handelt, sondern daß sie nur den Anordnungen bestimmter Drahtzieher aus dem kommunistischen Lager folgen. In dem Artikel heißt es zum Beispiel in bezug auf die Fraktionen in den freien Gewerkschaften:

„Die Zusammenfassung der A. O. B.-Mitglieder der A. O. B.-Verbände muß rascher vor sich gehen; bisher meldet die Statistik erst 500 solcher Fraktionen, während das Ziel unseres Halbjahresplans 5000 verlangt. Diese Oppositionsfraktionen müssen sich einen konkreten Arbeitsplan stellen und mit einer wirklichen Arbeit innerhalb der Gewerkschaften, der Betriebe und Stempelstellen beginnen. Sie müssen konkrete Forderungen aufstellen, die in Form von Anträgen, Diskussionen in den Funktionär- und Mitgliederversammlungen vorzubringen sind. Also zum Beispiel Stellungnahme zum Lohn- und Gehaltsabbau, zur Senkung der Unterstützungen und Sozialleistungen, gegen den Angriff auf den Kollektivvertrag, gegen die Solerierungs- und Arbeitsgemeinschaftspolitik der Bürokratie usw. Es ist sicher, daß die Masse der Gewerkschaftsmitglieder für diese Anträge sein wird und ebenso sicher, daß sie deshalb in immer stärkerem Kontrast zur Gewerkschaftsleitung kommen wird.“

In dem Artikel wird dann weiter ausgeführt, daß die Entlarvung der Führer allein nicht genügt. Es müsse nun versucht werden, die Mitglieder der freien und christlichen Verbände für den gemeinsamen Kampf für bestimmte Forderungen, die aber von der A. O. B. aufzustellen sind, zu gewinnen. Deshalb sollen nun in den Verbandsversammlungen etwa folgende Anträge eingebracht werden:

Die Mitgliederversammlung beschließt, einen Lohnabbauentscheid mit Streik zu beantworten; beschließt, ein Kampfbündnis mit der A. O. B. zur Abwehr des Lohnabbaus einzugehen; beschließt, eine gemeinsame Funktionär- oder Mitgliederversammlung beider Organisationen abzuhalten, oder, was für die Organisation des gemeinsamen Streiks am wichtigsten ist: Zusammengehen der Betriebsräte, gemeinsame Bildung breiter Kampfausschüsse bzw. Streikleitungen, Entsendung von Delegierten zu einer Delegiertenversammlung aller organisierten und unorganisierten Belegschaftsmitglieder.“

Dann sollen die oppositionellen Kollegen, auch wenn sie noch nicht Mitglieder der A. O. B. sind, mehr als bisher zu Versammlungen und Veranstaltungen der A. O. B. eingeladen werden, um sie dort in geeigneter Weise einzuflechten. Auch der andere Weg, die Gewerkschaften von innen heraus auszuhöhlen, soll in verstärktem Maße fort-

man auch die Löhne kürzen. Momentan hat das noch wenig Zweck; denn es arbeiten zu wenig. Das ist dann Solidarität, usw.

Und dann, nachdem dies geschehen ist, müssen wir mit den Preisen herunter, soweit, daß keine Schleuderpreise mehr möglich sind. Denn der Preis ist, rein volkswirtschaftlich gesehen, nur eine dumme und unangenehme Angewohnheit. An einigen Beispielen sei das unabweislich bewiesen. In München kostet der Maßtrug voll Bier, der einen Liter enthält, 58 Pfennige, und hier muß man für drei Zehntel, also den dritten Teil des Quantums — wobei noch extra eine große Haubige draufgesetzt wird — 45 bis 55 Pfennige für diesen staatsverhaftenden Stoff bezahlen. Weiter kaufen wir hier das Pfund Kaffee für 4 Mark und darüber, und in Brasilien werden die Fische umsonst damit gefüttert. So geht es mit dem Getreide, der Baumwolle und mit noch vielen andern Sachen. Da wird mir niemand mehr widersprechen können, daß der Preis eine direkte Anziehungskraft darstellt.

Aus diesem Grunde müssen wir die Preise senken, weil die Bestehungskosten, die Löhne, die Steuern und die logischen Lasten so hoch sind, daß wir nicht mehr exportieren können. Wir müssen aber exportieren, weil der Bedarf in den andern Ländern so groß ist und unsere Handelsbilanz es erfordert. Das steht auch ausdrücklich in dem Selbsthilfe-

Die Kommissionen, die die Arbeitslosigkeit erforscht haben, sind zu dem negativen Ergebnis gekommen, daß der deutsche Arbeiter der einzige ist, dessen Lebensführung gegenüber der Vorkriegszeit — milde ausgedrückt — sich

nicht verschlechtert hat, während wir bei jeder Arbeit zusehen und auch sonst die schwersten Opfer bringen müssen.

Wenn wir dann mit den Löhnen und auch mit den Preisen herunter sein werden, dann wird schon die grimmige Konkurrenz dafür Sorge tragen, daß der Arbeiter für seinen herabgeminderten Lohn sich dann auch wirklich nur das kaufen kann, was zu seiner standesgemäßen Lebenshaltung von Vorteil ist. Auf diese Weise wirkt die Lohnsenkung als Ausgleichsfaktor und Wiederhersteller von Ordnung, Sitte und Moral.

Es ist eigentlich erstaunlich, daß nicht schon die Erwerbslosen selbst eine Senkung der Löhne fordern; denn sie haben doch gar keinen Nutzen von dem hohen Lohn der Beschäftigten. Man sollte doch meinen, daß das Solidaritätsempfinden so weit fortgeschritten sein müßte, daß der Grundsatz: „Gleiches Recht für alle“ zur Gleichstellung der Beschäftigten mit den Arbeitslosen führen müßte. Hier steht man aber wieder einmal ganz unzweideutig, daß Solidarität ein schönes Wort, aber kein praktisch anzuwendender Begriff ist.

Wenn nun etwa dagegen eingewendet werden sollte — ich will es nicht hoffen —, daß die Kaufkraft dadurch geschwächt würde, so ist dem entgegenzusetzen, daß die Kaufkraft vor dem Kriege auch schwächer, aber das Inland wie das Auslandsgeschäft viel lebhafter als heute war. Und wenn wir die Arbeitslosen erst mit Arbeit beschäftigt haben werden, dann wird auch trotz des niedrigen Lohnes die Kaufkraft im allgemeinen steigen. Das wirkt dann auch belebend auf die Weltmarktlage ein, und die Weltwirtschaftskrise gehört damit endgültig und unwiderruflich der Vergangenheit an. Unsere Staatsfinanzen

kommen wieder in Ordnung und die Achtung vor dem deutschen Volke wird ins Angemessene steigen. Wir brauchen keine Auslandskredite mehr und die Autarkie, oder wie das neue Fremdwort von der Selbsthilfe heißt, ist im schönsten Gange.

Auch unsere Gläubigerstaaten werden das mit freudigem Interesse verfolgen und ihre notwendigen Schlußfolgerungen daraus ziehen. Dann sind wir auch die Reparationsverpflichtungen auf alle Seiten los.

Was machen aber die Gewerkschaften mit ihren Schlichtern? Sie lassen sich absolut nichts einreden. Im Gegenteil, sie entrüsten sich sogar, daß die Notverordnung auch von ihnen nicht unerhebliche Opfer fordert, und dabei bieten sich — das sei dankbar anerkannt — schon Tausende von Erwerbslosen weit unter dem Tariflohn an. Sie können aber leider nicht beschäftigt werden, weil die Gewerkschaften, die Schlichter und die Behörden das nicht zulassen und dadurch die Arbeit verhindern.

So schädigen die Behörden mit Hilfe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie die deutsche Volkswirtschaft und begehen damit glatten Hochverrat.

Deutschland ist arm geworden, und die Arbeiter müssen ihre Forderungen daraus ziehen. Je eher sie das erkennen, um so besser für uns. Wenn die Arbeiter aber erst dazu gezwungen werden müssen, dann wird der Sturz noch viel tiefer sein und alle andern mitreißen.

Damit wäre der Wiederaufstieg unseres schönen Handwerks völlig in Frage gestellt.

Hier endet die Philosophie. Schade, schade!

Der Quetschpinsel



Inbesondere aber sollen die kommunistischen Gewerkschafter versuchen, über die erwerbslosen Mitglieder größeren Einfluss in den Verbänden zu bekommen.

Und nun kann die Komödie oder wohl besser Tragödie beginnen. Die kommunistisch orientierten Kollegen haben ihre Anweisungen, und sicher werden mindestens einige versuchen, danach zu handeln.

Einführung der 40-Stunden-Woche

Die Geschäftsleitung, der Betriebsvorstand und der Betriebsrat der 'Malerhütte' Berlin G. m. b. H. beschloßen am 29. September dieses Jahres einstimmig, vom 1. Oktober 1931 an die 40-Stunden-Woche für alle im Betrieb Beschäftigten einschließlich aller Angestellten durchzuführen.

Die Belegschaft sowohl wie die angestellten Kollegen haben die Notwendigkeit der Maßnahme zur Streckung der Arbeit und damit Verhütung von weiteren Entlassungen ein.

Sozialpolitisches

Unterstützt die Weihnachtslotterie der Arbeiterwohlfahrt.

Zum sechsten Male veranstaltet die Arbeiterwohlfahrt ihre Weihnachtslotterie. Nicht um an die Leidenschaft des Spiels zu appellieren, sondern als Mittel zum Zweck, da die Arbeiterwohlfahrt zur Erfüllung der gesteckten Aufgabe in ausreichender Weise mit eigenen Mitteln Hilfe bringen muß.

Die Reichsbahn vergibt Arbeitsaufträge.

Auf Grund der bisherigen Zeichnungsergebnisse der Reichsbahnleihe von 214 Millionen Mark darf nach Zeitungsmittteilungen damit gerechnet werden, daß die Reichsbahnverwaltung noch für etwa 250 Millionen zusätzliche Aufträge erteilt.

Sozialversicherung

Im eigenen Betrieb beschäftigte Genossenschaftsmitglieder sind Arbeitnehmer im Sinne der sozialen Versicherungsgesetze.

Ein bei der Dresdner Malereigenossenschaft beschäftigter Kollege wurde beim dortigen Arbeitsamt mit feinen Unterstüßungsansprüchen abgewiesen, weil er nicht als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes über Arbeitslosenversicherung anzupprechen sei.

Unter Aufhebung der Entscheidung des Spruchausschusses beim Arbeitsamt Dresden vom 21. April 1931 und der Verfügung des Vorsitzenden des Arbeitsamtes Dresden vom 26. März 1931 wird die Beklagte beurteilt, dem Kläger die Arbeitslosenunterstützung zu gewähren.

Gründe: Die Berufung ist form- und fristgerecht eingelegt, auch begründet. Der Senat hat in zahlreichen Entscheidungen, zum Beispiel vom 17. Dezember 1896 (A. R. 1897 E. 319), vom 2. September 1898 (A. R. 1899 E. 619), vom 19. September 1913 ('Arbeiterversorgung' 1914 E. 135) und zuletzt vom 5. März 1931 (RAB. 1931 E. IV M) ausgesprochen, daß auch Mitglieder einer Handelsgesellschaft beziehungsweise einer Genossenschaft und sogar der Geschäftsführer einer G. m. b. H., selbst wenn sie Vorstandsmitglieder sein sollten, doch zugleich Angehörte, also Arbeitnehmer dieser Gesellschaft beziehungsweise Genossenschaft sein können.

Schafft zur Genossenschaft ergeben, zum andern um diejenigen, die aus dem Arbeitsstand der Beschäftigung durch die Genossenschaft folgen. Die erste Gruppe von Rechtsbeziehungen regelt sich ausschließlich nach dem Gesetz über die Erwerbigenossenschaften und Wirtschaftsgenossenschaften in der Fassung vom 14. Juni 1898, die zweite nach den Regeln des Arbeitsrechts, insbesondere auch des Tarifrechts.

Aus alledem ergibt sich, daß der Kläger tatsächlich als Arbeitnehmer der Malereigenossenschaft anzusehen war, zumal sein Einfluß auf die Geschäftsleitung, den er lediglich als Mitglied wie alle andern Genossen durch Abgabe seiner Stimme geltend machen kann, ein ganz verschwindend geringer ist.

War der Kläger nach alledem als Arbeitnehmer anzusehen, so war die Beschäftigung, da auch die sonstigen Voraussetzungen des § 69 Ziff. 1 AWO. gegeben waren, arbeitslosenversicherungspflichtig, so daß die Anwartschaft gemäß § 95 AWO. erfüllt ist und der Kläger Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung hat.

Arbeitslosenunterstützung

Leser Ciperanto!

Das ist die Mahnung, die in einem Artikel von R. Meyer enthalten ist. Es wird darin auf die schnelle Erlernbarkeit dieser Welthilfssprache und die auf Kongressen, an denen 40 verschiedene Länder beteiligt waren, festgestellte große Verständigungsmöglichkeit hingewiesen.

Ein Haus der Farben.

Es ist der irischen Regierung vorbehalten geblieben, ein Institut zu schaffen, in dem man sich ausschließlich dem Studium der Malerfarben hingibt. Dieses Institut wurde vor kurzem feierlich in Dublin eingeweiht, es hat die Bestimmung, jede Art der Farbenforschung zu unterstützen, gleichzeitig aber den Wert der Farben nach wirtschaftlichen, technischen und sozialhygienischen Grundfragen zu bestimmen.

Fachtechnisches

Patentschein, zusammengestellt vom Patentbüro Johanns Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. (Auskünfte bereitwilligst.)

Angemeldet Patent.

Nr. 22 g. M. 105 669. Antragsmappe. Mc. Rae Paint Products Inc., Los Angeles, B. St. A.

Erteilte Patente.

Nr. 22 g. 538 109. Abbeizmittel. James S. Cramer, Umler, B. St. A.

Nr. 75 c. 538 264. Rührvorrichtung für Flüssigkeiten insbesondere für Farben. Johann Rief, Hamburg, Müggelkamp 37.

Nr. 75 c. 538 530. Gefäß für Farbe, Leim oder dergleichen. Julius Schwerdtfeger, Hamburg 19, Bismarckstraße 26.

Gebrauchsmuster.

Nr. 75 a. 1 192 652. Spritzvorrichtung zum Erzeugen von Schrift- und Bildzeichen mit seitlicher Schablonenzuführung. Otto Fischer, Leipzig C 1, Christiansstraße.

Nr. 75 b. 1 192 409. Glasmosaik. Bruno Euge Großmann, Lausa bei Dresden.

Nr. 75 b. 1 192 624. Einlegearbeitserzeugnis. Firm. U. Moser, Rottweil am Neckar.

Nr. 75 c. 1 191 914. Einrichtung zum Aufbringen von farbigen Linien auf beliebige Körper, insbesondere Glaskörper für Beleuchtungszwecke. Glasbläserwerk, Döbnitz G. m. b. H., Penzig in der Oberlausitz.

Literarisches

Die Revolution des Friedens. Von Otto Schwan. 2,80 M. in Halbleinen gebunden, 3,50 M. Ein Buch, in dem der Verfasser scharf gegen den Rüstungswahn wendet und auf die Folgen des Weltkriege unter den Völkern hinweist.

Im Verlag von B. D. S. erschienen: 'Frankenwelt' Seite 2 vom 31. Oktober 1931. Preis 35 S. 'Die Gemeinde' halbjährliche Zeitschrift für sozialistische Arbeit in Stadt und Land, Nr. 2 vom 1. November. Preis 50 S.

Das Motorfahrzeug. Von Diplom-Ingenieur W. Goepfert. 64 Seiten Großformat mit 38 Abbildungen. Preis 2 M.

Die Familie Frank und andere kleine Romane von M. A. R. N. B. E. R. Es ist ein neuer Band, der die Familien anderer Völker aus der Welt der Bücherwelt herausführt.

Die Familie Frank könnte einen etwas kleineren Band für sich füllen. Aber da die Bücherreihe das Schaffen des Dichters in einigen Bänden möglichst restlos erfassen möchte, wurden in diesem Band noch die kleinen Romane 'Das G. I. A.' und 'Die Lotteriewebe' aufgenommen.

Vom 8. Nov. bis 14. Nov. ist die 46. Beitragswoche. Vom 15. Nov. bis 21. Nov. ist die 47. Beitragswoche.

Sterbetafel

Apolda. An den Folgen einer Magenoperation starb der Kollege Friz Hüttig aus Bad Sulza.

Eurhaden. Unser Kollege Hermann Thomsen, geb. am 19. April 1897, ist am 2. November nach langem Leiden verstorben.

Dresden. Am 23. Oktober starb unser langjähriges Mitglied Kollege Otto Großpätzsch im Alter von 60 Jahren. Am 2. November starb nach langjähriger Mitgliedschaft Artur Dieltzsch im Alter von 52 Jahren. Am 3. November starb unser Kollege Heinrich König im Alter von 55 Jahren.

Wien. Am 13. Oktober starb unser Kollege Chr. Schüller im Alter von 64 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Billige Bücher für den Maler

- Materialkunde für Maler... 1,60
Farbenmerkbüchlein... 1,-
ABC des jungen Malers (Hengst)... 3,-
Katechismus für Gehilfen- und Meisterprüfung... 5,-
Anleitung zum Farbmischen... 2,-
Farben und Farbharmone... 3,-
Kunststoffunterschiedungen, illustriert... 2,-
Blumenmalerei, illustriert... 2,50
Ochsenmalerei, illustriert... 2,-
Aquarellmalerei, illustriert... 2,50
Pastellmalerei, illustriert... 2,50
Skizzen auf Wanderungen, illustriert... 1,75
Federzeichnen, illustriert... 2,50
Technik der Holzmalerei, illustriert... 1,-
Neue Einstellung der Schriften... 1,-
Anleitung zum Kostenberechnen... 2,-
vom Verlag 'Fachblatt der Maler' Hamburg 34, Alster-Terrasse 10, oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.



Warum Tapeten schneiden? Weil er Ihnen Löhne, viel Zeit und Geld erspart, weil er akkurates Arbeit garantiert, weil Ihre Kundschaft dann sehr zufrieden ist, weil er Ihnen neue Aufträge zuführt, sich überall glänzend bewährt und weil er nicht teuer ist. Er macht sich in kurzer Zeit bezahlt. Das bestmögliche zufriedene Kollegen immer wieder. Verlangen Sie den kostenlosen Prospekt und das Ausnahmangebot von Tapetenschneider - Remme Stuttgart - Kornbergstraße 13